

ESV

Die Erbengemeinschaft

von

Sebastian Ruhwinkel,
Notar in Deggendorf

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dbd.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

[ESV.info/978 3 503 14150 0](http://ESV.info/9783503141500)

ISBN 978 3 503 14150 0

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2013

[www. ESV.info](http://www.ESV.info)

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO-Norm 9706.

Satz: Yvonne Götz, Berlin

Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

Vorwort

Nicht nur die auf Erbrecht spezialisierten Juristen müssen sich mit dem Recht der Erbengemeinschaft beschäftigen. Die Gemeinschaft der Erben wird in fast allen Rechtsbereichen mehr oder weniger regelmäßig Mandant, (gegnerische) Partei, Vertragspartner, Gläubiger oder Schuldner sein. Das vorliegende Werk soll daher allen juristischen Praktikern Hilfe bei ihrer täglichen Arbeit geben. Damit es für Spezialisten und gelegentlich mit der Erbengemeinschaft befasste Juristen gleich nützlich ist, wird ein vollständiger Überblick über das Recht der Erbengemeinschaft gegeben, und zwar von allgemeinen Erörterungen bis hin zur Lösung von Spezialfragen. Dabei wird auch auf Rechtsfragen aus anderen Rechtsgebieten eingegangen, die mit der Erbengemeinschaft, ihrem Bestehen und ihrer Auseinandersetzung zusammenhängen. Ein gesondertes Kapitel ist dabei dem in der Beratungspraxis unvermeidlich zu berücksichtigenden Steuerrecht gewidmet. Es soll vor allem dazu dienen, dem nicht mit Steuerrecht befassten Praktiker die möglichen Probleme vor Augen und damit einer gemeinsam mit dem Steuerberater gefundenen Lösung näher zu führen.

Das Werk ist jedoch nicht nur für Richter, Rechtsanwälte und Notare gedacht. Auch Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern kann es dienen, zwar weniger wegen des steuerrechtlichen Teils, aber umso mehr weil die zivilrechtlichen Zusammenhänge eigentlich Grundlage für eine (richtige) Besteuerung sind.

Wegen des Augenmerks auf die Praxis wird vor allem der Stand der Rechtsprechung, beim Fehlen einer solchen der Diskussionsstand in der Literatur dargestellt, da diese für den Praktiker erste Leitlinie seines Handelns sind. Angemerkt werden aber auch die Punkte, bei denen praktikable Lösungen derzeit fehlen bzw. nicht herrschende Auffassung sind. Mit den dabei aus dem Blickwinkel des Praktikers gefundenen Lösungen kann dieses Buch auch Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion sein.

Hinweise und Anregungen aus der Leserschaft werde ich stets dankbar entgegennehmen; ihr soll dieses Buch ja nützen.

Danken möchte ich dem Verlag, insbesondere Frau Renate Güpner, für Geduld und Unterstützung bei der Entstehung dieses Buches. Danken möchte ich auch Herrn Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Markus Lantermann, Herrn Rechtsanwalt Christoph Ostler, Herrn Notar Dr. Markus Krebs und meinem Vater, Herrn Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Ruhwinkel, für ihre konstruktive Kritik. Danken möchte ich vor allem auch meiner Ehefrau, die mir die Zeit verschafft hat, dieses Buch zu schreiben und der ich währenddessen unverdient wenig meiner Zeit widmen konnte.

Deggendorf, Herbst 2012

Der Verfasser

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis	25
A. Entstehung, Rechtsnatur, Zusammensetzung	31
I. Entstehung, Rechtsnatur	31
II. Zusammensetzung	31
B. Rechtsverhältnisse während des Bestehens der Erbengemeinschaft ..	35
I. Verwaltung des Nachlasses	35
1. Grundsatz der gemeinschaftlichen Verwaltung und Verfügung .	35
2. Verwaltung durch Mehrheitsbeschluss	37
3. Durchführung der Verwaltung durch die Erben.....	48
4. Anordnungen des Erblassers zur Verwaltung.....	66
5. Verwaltung des Nachlasses durch einzelne Personen.....	67
6. Besonderheiten bei Unternehmen und Gesellschaftsbeteiligungen im Nachlass	82
II. Haftung der Erben gegenüber Dritten	96
1. Grundsätze	96
2. Nachlassinventar und Aufgebotsverfahren	102
3. Vorläufige Beschränkung der Durchsetzbarkeit von Nachlassverbindlichkeiten.....	119
4. Verschweigungseinrede	124
5. Haftung bei Durchführung eines Nachlassinsolvenz- oder Nachlassverwaltungsverfahrens.....	126
6. Besonderheiten bei der Erbengemeinschaft; Auswirkungen der Teilung des Nachlasses	141
7. Besonderheiten bei Unternehmensbeteiligungen	151
8. Beschränkung der Haftung für minderjährige Erben.....	152
9. Folgerungen für die Praxis – Wege zur Haftungsbeschränkung	152
C. Der Erbteil.....	155
I. Veräußerung und Abtretung des Erbteils.....	156
1. Erbteilskauf und Abtretung	157
2. Andere schuldrechtliche Veräußerungsgeschäfte	194
3. Rechtsstellung von Erbteilsveräußerer und Erwerber nach Wirksamwerden der Abtretung.....	196

II.	Belastungen des Erbteils	207
1.	Nießbrauch	208
2.	Pfandrecht	216
III.	Vollstreckung in den Erbteil	220
1.	Vollstreckungszugriff: Pfändung	221
2.	Rechtsstellung des Gläubigers und Verwertung des Erbteils ..	222
D.	Auseinandersetzung der Erbengemeinschaft	225
I.	Der Anspruch auf Auseinandersetzung	225
1.	Gesetzlicher Inhalt des Auseinandersetzungsanspruchs	225
2.	Ausschluss und Aufschub des Anspruchs	228
3.	Gesetzliche Regeln über die Durchführung der Auseinandersetzung	240
4.	Änderung des Anspruchsinhalts durch Anordnung des Erblassers	255
5.	Änderung der Teilungsquoten durch Pflicht zur Erbausgleichung	268
II.	Einvernehmliche Auseinandersetzung durch die Erben	298
1.	Auseinandersetzungsvertrag	298
2.	Erbvergleichs- und Erbauslegungsvertrag	306
3.	Einvernehmliche Teilauseinandersetzung	308
4.	Erbteilsübertragung	310
III.	Auseinandersetzung unter Einschaltung von Dritten	311
1.	Auseinandersetzung durch den Testamentsvollstrecker	311
2.	Vermittlung der Erbauseinandersetzung	316
3.	Zuweisung nach GrStVG	321
IV.	Streitige Erbauseinandersetzung	323
1.	Klageziel und -antrag	323
2.	Klagegegner	324
3.	Zuständigkeit	324
4.	Teilungsreife als besondere Zulässigkeitsvoraussetzung	324
5.	Begründetheit	325
6.	Minderjährige oder unter Betreuung stehende Erben	326
7.	Streitwert	327
8.	Vorbereitung der Auseinandersetzung	327
E.	Steuerfragen	329
I.	Erbfall	329
1.	Haftung für Steuerverbindlichkeiten des Erblassers und erbrechtliche Haftungsbeschränkung	330
2.	Ertragsteuern	330
3.	Erbschaft- und Schenkungsteuer	335
4.	Grunderwerbsteuer	341
5.	Umsatzsteuer	344
II.	Verwaltung der Erbengemeinschaft	345

1. Ertragsteuern	345
2. Erbschaft- und Schenkungsteuer	346
3. Grunderwerbsteuer	346
4. Umsatzsteuer	347
5. Erbrechtliche Haftungsbeschränkung	347
III. Erbteilsveräußerung	347
1. Ertragsteuern	348
2. Umsatzsteuer	350
3. Erbschaft- und Schenkungsteuer	350
4. Grunderwerbsteuer	351
IV. Erbauseinandersetzung	352
1. Ertragsteuern	352
2. Umsatzsteuer	358
3. Erbschaft- und Schenkungsteuer	359
4. Grunderwerbsteuer	360
F. Muster	365
Literaturverzeichnis	415
Stichwortverzeichnis	421

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Abkürzungsverzeichnis	25
A. Entstehung, Rechtsnatur, Zusammensetzung	31
I. Entstehung, Rechtsnatur	31
II. Zusammensetzung	31
B. Rechtsverhältnisse während des Bestehens der Erbengemeinschaft	35
I. Verwaltung des Nachlasses	35
1. Grundsatz der gemeinschaftlichen Verwaltung und Verfügung	35
a) Gemeinschaftliche Verwaltung und Verfügung	35
b) Verwaltungsvereinbarungen	35
c) Pflicht zur Mitwirkung an Maßnahmen ordnungsmäßiger Verwaltung	36
2. Verwaltung durch Mehrheitsbeschluss	37
a) Innenverhältnis – Beschlussfassung	37
aa) Verfahren und Verfahrensrechte	37
bb) Ermittlung der Mehrheit; Stimmverbote	38
cc) Grenzen der Beschlusskompetenz	39
dd) Abänderbarkeit von Verwaltungsvereinbarungen oder allstimmigen Beschlüssen durch Mehrheitsbeschluss	40
ee) Bindung und Abänderbarkeit wirksamer Mehrheitsbe- schlüsse	41
ff) Aufwendungsersatz bei Mehrheitsverwaltung	42
b) Außenverhältnis – Vertretung	43
aa) Gesetzliche Vertretungsmacht und Person des Vertreters	43
bb) Vertretung aufgrund Mehrheitsbeschlusses auch bei Verfügungen	44
cc) Vertretungsmacht bei nicht ordnungsgemäßen Beschlüssen?	44
c) Rechtsschutz der Minderheit bei Mehrheitsverwaltung	47
d) Vereinbarungen der Erben zur Mehrheitsverwaltung	48
3. Durchführung der Verwaltung durch die Erben	48
a) Einziehung von Forderungen	48
aa) Allgemeiner Überblick zu § 2039 BGB	48
bb) Geltendmachung von „Ansprüchen“	49

cc)	Geltendmachung von Ansprüchen bei dinglichen Rechten am Erbteil des betreffenden Erben	50
dd)	Prozessrechtliche Wirkungen	51
ee)	Verjährung	52
ff)	Pflicht zur Annahme von Leistungen und Annahmeverzug	52
gg)	Kosten der Geltendmachung	52
b)	Herausgabeanspruch gegen den Erbschaftsbesitzer	53
c)	Auskunftsansprüche der Erben untereinander und gegen Dritte	53
d)	Ansprüche auf Mitwirkung der übrigen Erben bei der Verwaltung	55
aa)	Materielle Voraussetzungen	55
bb)	Anspruchsziel	57
cc)	Prozessuale Durchsetzung	57
e)	Früchte und Nutzungen des Nachlasses und Verwaltung durch die Erben	59
aa)	Grundsatz: Aufteilung nach Erbquoten bei der Auseinandersetzung	59
bb)	Streitfall: Teilauseinandersetzung	59
cc)	Sonderfall: Ausschluss der Auseinandersetzung für mehr als ein Jahr	60
dd)	Nutzungen und Gebrauchsvorteile als Früchte	60
f)	Dingliche Surrogation	62
aa)	Grundsatz	62
bb)	Rechts- und Ersatzsurrogation	62
cc)	Streitfall Beziehungssurrogation	63
dd)	Schutz von Vertragspartnern	65
ee)	Anwendung auch bei Verwaltung durch Nicht-Erben?	65
4.	Anordnungen des Erblassers zur Verwaltung	66
5.	Verwaltung des Nachlasses durch einzelne Personen	67
a)	Notverwaltung durch einen einzelnen Erben	67
aa)	Notwendige Maßnahmen	67
bb)	Willensbildung in der Erbengemeinschaft als Grenze der Notverwaltung	68
cc)	Vertretungsbefugnis im Rahmen der Notverwaltung	68
dd)	Pflicht zur Notgeschäftsführung?	68
ee)	Aufwendungsersatz bei Notgeschäftsführung	69
b)	Anordnung durch den Erblasser	69
c)	Einzelverwaltung aufgrund Vereinbarung oder Mehrheitsbeschlusses der Erben	70
aa)	Verwalterbestellung als Maßnahme der ordnungsmäßigen Verwaltung	70
bb)	Befugnisse des durch Mehrheitsbeschluss bestellten Verwalters	71

cc)	Weitergehende Befugnisse bei einvernehmlicher Bestellung	71
dd)	Handlungsbefugnisse der einzelnen Erben neben dem durch Vereinbarung oder Mehrheitsbeschluss bestellten Verwalter	72
ee)	Grenze für Drittverwaltung: Das Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG)	72
d)	Verwaltung aufgrund gerichtlicher Anordnung	72
aa)	Nachlasspflegschaft und -verwaltung	72
bb)	Nachlassinsolvenzverfahren	80
6.	Besonderheiten bei Unternehmen und Gesellschaftsbeteiligungen im Nachlass	82
a)	Einzelkaufmännisches und nicht kaufmännisches Einzelunternehmen	82
aa)	Vererblichkeit	82
bb)	Fortführung durch die Mitglieder der Erbengemeinschaft	83
cc)	Registerverfahren	84
dd)	Gewerbe- und Berufsrecht	84
ee)	Innenverhältnis der Erben bei Fortführung eines Einzelunternehmens	85
ff)	Handelsrechtliche Haftung bei Fortführung eines Einzelunternehmens	85
gg)	Verbindlichkeiten aus der Fortführung Nachlasserschulden	87
hh)	Vollmachtsfragen	87
ii)	Schutz minderjähriger Erben	88
jj)	Hinweis für die Praxis: Beratungsziel Gesellschaftsgründung	88
b)	Personengesellschaft	88
aa)	Gesetzliche Regelungen	88
bb)	Gesellschaftsvertragliche Nachfolgeklauseln	89
cc)	Gesellschaftsrechtliche Haftung bei zugelassener Rechtsnachfolge von Todes wegen	89
dd)	Rechtliche Einordnung der Nachfolge in den Gesellschaftsanteil und Auswirkungen auf Nachlasszusammensetzung, -verwaltung und -verteilung	90
ee)	Register- und Gewerberecht	92
c)	Beteiligungen an Kapitalgesellschaften	92
aa)	Vererblichkeit und Entzug der Gesellschafterstellung durch Satzungsbestimmungen	92
bb)	Verwaltung durch die Erbengemeinschaft	93
cc)	Auseinandersetzung	96
II.	Haftung der Erben gegenüber Dritten	96
1.	Grundsätze	96

a) Nachlassverbindlichkeiten	96
b) Nachlasserbenschulden: Nachlassverbindlichkeit und Eigenschuld	97
c) System der Haftungsbeschränkungen: Gläubiger- gegen Erbenschutz	98
d) Allgemeines zur Wirkung und Geltendmachung der erbrechtlichen Haftungsbeschränkungen.	99
aa) Materielles Recht	99
bb) Prozessuale Geltendmachung	100
2. Nachlassinventar und Aufgebotsverfahren	102
a) Nachlassinventar	102
aa) Fristsetzung zur Inventarerrichtung.	102
bb) Inhalt und Errichtung des Inventars.	105
cc) Bezugnahme auf ein vorhandenes Inventar (§ 2004 BGB).	108
dd) Eidesstattliche Versicherung	108
ee) Wirkungen des Inventars	110
ff) Inventarvergehen und unbeschränkte Haftung.	110
gg) Folgen der unbeschränkten Haftung wegen Inventarvergehen	112
hh) Ausnahmen von der unbeschränkten Haftung trotz Inventarvergehen.	113
b) Aufgebot der Nachlassgläubiger	114
aa) Voraussetzungen des Aufgebotsverfahrens	114
bb) Gang des Verfahrens.	115
cc) Von Aufgebot und Ausschluss nicht oder eingeschränkt betroffene Gläubiger	115
dd) Anmeldung von Forderungen.	117
ee) Wirkung des Ausschlusses auf die Forderung (Rangwirkung)	117
ff) Befriedigung ausgeschlossener Gläubiger aus dem Überrest	118
gg) Wirkung zu Gunsten von Miterben	119
hh) Geltendmachung der Einrede aus § 1973 BGB	119
3. Vorläufige Beschränkung der Durchsetzbarkeit von Nachlassverbindlichkeiten.	119
a) Vor der Annahme	120
b) Dreimonatseinrede und Einrede des Aufgebotsverfahrens.	121
aa) Voraussetzungen der Dreimonatseinrede nach § 2014 BGB.	121
bb) Voraussetzungen der Aufgebotseinrede nach § 2015 BGB.	121
cc) Wirkungsbeschränkung gegenüber bestimmten Gläubigergruppen.	122
dd) Wirkungen von Dreimonats- und Aufgebotseinrede	122

4. Verschweigungseinrede	124
a) Voraussetzungen	124
b) Betroffene Forderungen	124
c) Folgen der Verschweigungseinrede	125
5. Haftung bei Durchführung eines Nachlassinsolvenz- oder Nachlassverwaltungsverfahrens.	126
a) Stellung des Erben während des Verfahrens	126
b) Wiederherstellung erloschener Rechtsverhältnisse als Mittel der Nachlassseparation.	127
c) Verantwortlichkeit der Erben für die Nachlassverwaltung. .	127
aa) Verhalten vor der Annahme der Erbschaft.	128
bb) Verhalten nach der Annahme der Erbschaft	128
cc) Besonderheiten bei der Tilgung von Nachlassverbindlichkeiten.	129
dd) Verschärfte Haftung bei Verletzung der Insolvenzantragspflicht	130
ee) Ansprüche auf Ersatz von Aufwendungen für die Verwaltung und für die Begleichung von Nachlassverbindlichkeiten	132
ff) Besonderheiten bei der Verwaltung durch den unbeschränkt haftenden Erben	132
d) Stellung des Erben nach Beendigung und bei Nichtdurchführung des Verfahrens.	133
aa) Haftung nach Verteilung der Insolvenzmasse oder rechtskräftigem Insolvenzplan (§ 1989 BGB).	134
bb) Haftung des Erben nach Einstellung oder Nichteröffnung des Insolvenzverfahrens mangels kostendeckender Masse und nach Durchführung der Nachlassverwaltung.	135
cc) Überschwerungseinrede nach § 1992 BGB	141
6. Besonderheiten bei der Erbengemeinschaft; Auswirkungen der Teilung des Nachlasses	141
a) Haftungsbeschränkung vor der Teilung	142
b) Teilung	142
aa) Begriff der Teilung	142
bb) Entnahme einzelner Gegenstände aus dem Nachlass ...	143
cc) Allgemeine Folgen der Teilung	143
c) Quotale Haftung nach der Teilung	143
aa) Durch Aufgebot ausgeschlossene Gläubiger und Nachlasseigengläubiger	144
bb) Verschweigungseinrede	144
cc) Nachlassinsolvenz- und -verwaltungsverfahren	144
dd) Prozessuale Geltendmachung der quotalen Haftung ...	145
ee) Weitergehende nachteilige Folgen für betroffene Gläubiger.	145

d)	Teilschuld durch Privataufgebot.....	146
e)	Geltendmachung von Ansprüchen gegen Miterben – Gesamtschuld- und Gesamthandsklage	147
aa)	Klageziele	147
bb)	Klage durch Miterbengläubiger.....	148
cc)	Besonderheiten für Schuld und Schuldner bei der Gesamtschuldklage	148
dd)	Klageziel Verfügung über einen konkreten Nachlassgegenstand	148
f)	Innenverhältnis zwischen den Miterben.....	149
7.	Besonderheiten bei Unternehmensbeteiligungen	151
a)	Einzelkaufmännisches Unternehmen	151
b)	Personengesellschaften	151
c)	Kapitalgesellschaften.....	151
8.	Beschränkung der Haftung für minderjährige Erben.....	152
9.	Folgerungen für die Praxis – Wege zur Haftungsbeschränkung	152
C.	Der Erbteil.....	155
I.	Veräußerung und Abtretung des Erbteils.....	156
1.	Erbteilskauf und Abtretung	157
a)	Form	158
b)	Inhalt des Erbteilskauf- und Abtretungsvertrags.....	160
aa)	Essentialia	160
bb)	Abtretung	162
cc)	Sonstiger Inhalt, insbesondere Rechte bei Mängeln	162
dd)	Genehmigungserfordernisse	168
c)	Miterbenvorkaufsrecht	169
aa)	Vorkaufsfall.....	170
bb)	Vorkaufsberechtigte	173
cc)	Ausübung des Vorkaufsrechts.....	174
dd)	Folgen der wirksamen Ausübung des bestehenden Vorkaufsrechts	180
ee)	Erlöschen des Vorkaufsrechts	186
d)	Sicherung von Leistung und Gegenleistung.....	186
aa)	Sicherung des Leistungsaustausches durch aufschiebende Bedingung	188
bb)	Sicherung des Leistungsaustauschs durch auflösende Bedingung	189
cc)	Weitere Sicherungsmöglichkeiten	191
e)	Anzeige der Erbteilsveräußerung nach § 2384 BGB	192
f)	Kosten der Erbteilsveräußerung	192
aa)	Notar	192
bb)	Nachlassgericht.....	194
cc)	Grundbuchamt	194

2. Andere schuldrechtliche Veräußerungsgeschäfte	194
3. Rechtsstellung von Erbteilsveräußerer und Erwerber nach Wirksamwerden der Abtretung	196
a) Allgemeines; Vermögenszuordnung	196
aa) Erbenstellung	196
bb) Gesamtrechtsnachfolge	196
cc) Mehrere Erwerber	198
b) Verwaltungsrechte und -pflichten in der Erbengemeinschaft	198
c) Haftung von Veräußerer und Erwerber für Nachlassverbindlichkeiten	199
aa) Haftung des Erwerbers	199
bb) (Weiter-)Haftung des Veräußerers	204
cc) Verhältnis zwischen Veräußerer und Erwerber	206
II. Belastungen des Erbteils	207
1. Nießbrauch	208
a) Bestellung; Verpflichtung zur Bestellung	208
b) Wirkungen des Nießbrauchs	209
c) Übertragung, Aufhebung, Erlöschen	215
2. Pfandrecht	216
a) Bestellung und Verpflichtung zur Bestellung	216
b) Wirkungen des Pfandrechts	216
c) Übertragung, Aufhebung, Erlöschen	220
III. Vollstreckung in den Erbteil	220
1. Vollstreckungszugriff: Pfändung	221
2. Rechtsstellung des Gläubigers und Verwertung des Erbteils	222
D. Auseinandersetzung der Erbengemeinschaft	225
I. Der Anspruch auf Auseinandersetzung	225
1. Gesetzlicher Inhalt des Auseinandersetzungsanspruchs	225
a) Anspruchsziel	225
b) Anspruchsinhaber und Anspruchsgegner	226
c) Fälligkeit und Verjährung	227
2. Ausschluss und Aufschub des Anspruchs	228
a) Aufschub der Auseinandersetzung	228
aa) Unwägbarkeiten hinsichtlich der Höhe der Erbquoten (§ 2043 BGB)	228
bb) Aufschub während Aufgebotsverfahren	230
cc) Tilgung von Nachlassverbindlichkeiten; Nachlassverwaltung und Nachlassinsolvenz	231
dd) Keine Einreden aus anderen Rechtsverhältnissen	231
ee) Aufschub nach Treu und Glauben (§ 242 BGB)	232
b) Ausschluss durch Anordnung des Erblassers nach § 2044 BGB	232

aa)	Inhalt der Anordnung	232
bb)	Wirkungen der Anordnung	234
cc)	Zeitliche und sachliche Grenzen	236
c)	Ausschluss durch Testamentsvollstreckung	237
d)	Ausschluss durch Miterbenvereinbarung	238
e)	Gesetzlicher Teilungsausschluss für Schriftstücke im Nachlass	240
3.	Gesetzliche Regeln über die Durchführung der Auseinandersetzung	240
a)	Schritt 1: Berichtigung der Nachlassverbindlichkeiten nach §2046 BGB	240
aa)	Grundsatz	241
bb)	Miterbennachlassgläubiger	242
cc)	Nicht fällige oder streitige Verbindlichkeiten	243
dd)	Verbindlichkeiten, die nur einigen Miterben zur Last fallen	243
b)	Schritt 2: Feststellung der Teilungsquoten	244
c)	Schritt 3: Aufteilung in Natur oder durch Verwertung	245
aa)	Vorrang von Teilung in Natur	245
bb)	Zwischen Teilung und Verkauf: Einziehung von Forderungen	247
cc)	Das letzte Mittel: Teilung durch Verkauf	247
4.	Änderung des Anspruchsinhalts durch Anordnung des Erblassers	255
a)	Inhalt einer Teilungsanordnung	255
b)	Abgrenzung von Vermächtnis und Auflage	256
c)	Wirkungen einer Teilungsanordnung	259
d)	Grenzen der Anordnung	262
e)	Sonderfall: Auseinandersetzung nach billigem Ermessen eines Dritten	264
f)	Sonderfall: Übernahme eines Landguts, §2049 BGB	266
g)	Überblick: Voraussetzungen und Wirkungen von Teilungsanordnung, Vermächtnis und Auflage	267
5.	Änderung der Teilungsquoten durch Pflicht zur Erbausgleichung	268
a)	Rechtliche Einordnung der Ausgleichspflicht	269
b)	Voraussetzungen der Ausgleichspflicht für Zuwendung des Erblassers	270
aa)	Beteiligte an der Erbausgleichung	270
bb)	Gesetzliche Erbfolge oder Erbeinsetzung entsprechend der gesetzlichen Erbfolge	272
cc)	Ausgleichspflichtige Zuwendungen	274
c)	Sonderfall: Ausgleichung von Pflegeleistungen nach §2057a BGB	279
aa)	Persönlicher Anwendungsbereich	279

bb)	Ausgleichungspflichtige Leistungen	280
cc)	Abweichende Vereinbarungen.	285
d)	Vorbereitung der Ausgleichung: Auskunft und Bewertung	285
aa)	Auskunftsanspruch.	285
bb)	Bewertung.	289
e)	Durchführung der Ausgleichung.	291
f)	Ausschluss oder Erweiterung der Ausgleichung durch den Erblasser.	294
aa)	Bis zum Zeitpunkt der Zuwendung	294
bb)	Änderung oder Aufhebung der Ausgleichung nach der Zuwendung oder Leistung.	296
g)	Ausschluss oder Erweiterung der Ausgleichung durch Miterbenvereinbarung	297
aa)	Vereinbarungen vor dem Tod des Erblassers	297
bb)	Vereinbarungen nach dem Tod des Erblassers.	297
II.	Einvernehmliche Auseinandersetzung durch die Erben.	298
1.	Auseinandersetzungsvertrag	298
a)	Parteien.	299
b)	Inhalt und Wirkungen.	300
aa)	Allgemeines.	300
bb)	Vereinbarungen zum Vollzug	301
cc)	Folge des vollzogenen Vertrags.	302
c)	Form.	302
d)	Grenzen; Zustimmungserfordernisse	303
aa)	Allgemeines.	303
bb)	Gerichtliche, behördliche und sonstige Genehmigungspflichten.	303
cc)	Vor- und Nacherbfolge	304
dd)	Testamentsvollstreckung	305
e)	Vorkaufsrechte.	306
2.	Erbvergleichs- und Erbauslegungsvertrag.	306
3.	Einvernehmliche Teilauseinandersetzung	308
a)	Gegenständliche Teilauseinandersetzung	308
b)	Persönliche Teilauseinandersetzung, sog. Abschichtung.	309
aa)	Herrschende Meinung: Formfreie Abschichtung möglich	309
bb)	Kritik	309
cc)	Keine dinglich-persönliche Teilauseinandersetzung	310
dd)	Gestaltungshinweis für die Abschichtung	310
4.	Erbteilsübertragung.	310
III.	Auseinandersetzung unter Einschaltung von Dritten.	311
1.	Auseinandersetzung durch den Testamentsvollstrecker	311
a)	Teilungsplan.	312

b)	Mitwirkung der Erben bei der Aufstellung des Teilungsplans	313
c)	Unwirksamkeit des Teilungsplans; Rechtsschutz.	314
d)	Wirksamwerden und Vollzug des Teilungsplans	315
e)	Auseinandersetzung trotz Fehlens oder Unwirksamkeit des Teilungsplans.	315
2.	Vermittlung der Erbauseinandersetzung	316
a)	Antrag und Zulässigkeitsvoraussetzungen	316
b)	Gang des Verfahrens	317
c)	Streit um Einzelfragen und Widerspruch eines Erben.	318
d)	Materieller Inhalt, materielle und verfahrensrechtliche Wirkungen der gerichtlich vermittelten Auseinander- setzung	320
e)	Kosten des Verfahrens.	321
3.	Zuweisung nach GrStVG	321
IV.	Streitige Erbauseinandersetzung.	323
1.	Klageziel und -antrag.	323
2.	Klagegegner	324
3.	Zuständigkeit	324
4.	Teilungsreife als besondere Zulässigkeitsvoraussetzung	324
5.	Begründetheit.	325
6.	Minderjährige oder unter Betreuung stehende Erben	326
7.	Streitwert	327
8.	Vorbereitung der Auseinandersetzung.	327
E.	Steuerfragen	329
I.	Erbfall	329
1.	Haftung für Steuerverbindlichkeiten des Erblassers und erbrechtliche Haftungsbeschränkung.	330
2.	Ertragsteuern	330
a)	Beteiligung an Personengesellschaften	331
aa)	Ausscheiden des Erblassers und Auflösung der Gesellschaft.	331
bb)	Einfache Nachfolgeklausel	332
cc)	Qualifizierte Nachfolgeklausel	332
dd)	Eintrittsklausel	332
b)	Kapitalgesellschaften.	333
c)	Betriebsaufspaltung.	334
d)	Korrektur von Entnahmen als Folge des Erbfalls	334
e)	Einlage durch Erbfall	335
f)	Erbfolge in landwirtschaftliche Betriebe.	335
3.	Erbschaft- und Schenkungsteuer	335
a)	Grundsätze der Besteuerung beim Erwerb mehrerer Personen.	335
b)	Berechnung des Erwerbs nach der „wahren“ Erbrechtslage.	336

aa)	Scheinbare Ausnahme: Erbauslegungs- und Erbvergleichsvertrag	336
bb)	Echte Ausnahme: Unwirksame letztwillige Verfügung	337
c)	Sonderfall des Erwerbs: Ausscheiden des Erblassers ohne Abfindung oder nur gegen Abfindung unter Wert bei Personen- oder Kapitalgesellschaften	338
d)	Erbengemeinschaft und Betriebsvermögensvergünstigungen nach §§ 13a, 13b, 19a ErbStG	338
aa)	Betriebsvermögensvergünstigungen für die verbleibenden Gesellschafter bzw. qualifizierten Erben bei Personengesellschaften	339
bb)	Betriebsvermögensvergünstigungen für verbleibende Gesellschafter oder Erben bei Kapitalgesellschaften	339
cc)	Betriebsaufspaltung	340
dd)	Persönliche Zuordnung der Betriebsvermögensvergünstigungen	340
e)	Erbengemeinschaft und Begünstigung des Familienwohnheims	340
4.	Grunderwerbsteuer	341
a)	Grundbesitz unmittelbar im Nachlass	341
b)	Erblasserbeteiligung an Grundbesitz haltenden Gesellschaften und Anwendung von § 3 Nr.2 GrEStG	342
c)	Erblasserbeteiligung an Grundbesitz haltenden Gesellschaften und §§ 5 Abs.3 und 6 Abs.3 GrEStG	343
d)	Vergünstigung von Umstrukturierungen im Konzern nach § 6a GrEStG	343
5.	Umsatzsteuer	344
II.	Verwaltung der Erbengemeinschaft	345
1.	Ertragsteuern	345
2.	Erbschaft- und Schenkungsteuer	346
3.	Grunderwerbsteuer	346
4.	Umsatzsteuer	347
5.	Erbrechtliche Haftungsbeschränkung	347
III.	Erbteilsveräußerung	347
1.	Ertragsteuern	348
a)	Unentgeltliche Veräußerung	348
b)	Entgeltliche Veräußerung	348
c)	Teilentgeltliche Veräußerung	349
d)	Mischnachlass	349
e)	Gefahrenquelle Sonderbetriebsvermögen und Betriebsaufspaltung	349
f)	Früchte und Nutzungen des Nachlasses vor der Veräußerung	350
2.	Umsatzsteuer	350
3.	Erbschaft- und Schenkungsteuer	350

a)	Unentgeltliche Zuwendung	350
b)	Haftung für rückständige Erbschaftsteuer	350
c)	Auswirkung auf Behaltensvorschriften	351
4.	Grunderwerbsteuer	351
IV.	Erbauseinandersetzung	352
1.	Ertragsteuern	352
a)	Allgemeines; Auseinandersetzung ohne Ausgleichzahlung .	352
b)	Betriebsvermögen	353
c)	Privatvermögen	354
d)	Übernahme von Schulden bei der Auseinandersetzung	354
e)	Mischnachlässe	356
f)	Gegenständliche Teilerbauseinandersetzung	356
g)	Persönliche Teilerbauseinandersetzung	356
h)	Auswirkung von Vermächtnissen und Teilungsanordnungen	357
i)	Folgerungen für die Praxis	358
2.	Umsatzsteuer	358
3.	Erbschaft- und Schenkungsteuer	359
a)	Betriebsvermögensvergünstigungen	359
b)	Begünstigung des Familienwohnheims	360
c)	Bewertungsabschlag bei zu Wohnzwecken vermieteten Gebäuden	360
4.	Grunderwerbsteuer	360
a)	Steuerbefreiung der Erbauseinandersetzung nach § 3 Nr. 3 GrEStG	360
b)	Anwendung von § 3 Nr. 3 GrEStG auf grunderwerbsteuerbare gesellschaftsrechtliche Vorgänge . . .	361
c)	Erbteilung und Behaltensfristen nach §§ 5 Abs. 3, 6 Abs. 3 S. 2 GrEStG	362
d)	Steuervergünstigungen bei Beteiligung von Nichterben an der Erbengemeinschaft	363
e)	Auseinandersetzung und Vergünstigung nach § 6a GrEStG .	363
F.	Muster	365
I.	Verwaltungsvereinbarung	365
II.	Antrag eines Gläubigers auf Bestellung eines Nachlasspflegers . .	368
III.	Antrag auf Anordnung der Nachlassverwaltung	369
1.	Erbenantrag	369
2.	Gläubigerantrag	370
IV.	Antrag auf Anordnung eines Nachlassinsolvenzverfahrens	371
1.	Erbenantrag	371
2.	Gläubigerantrag	372
V.	Nachlassinventar	373
1.	Antrag auf Fristsetzung zur Inventarerrichtung durch einen Gläubiger	373

2. Antrag auf Übertragung der Inventarerrichtung auf eine Amtsperson	374
3. Protokoll über die Errichtung eines Inventars durch einen Notar	374
4. Antrag auf Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung	378
VI. Antrag auf gerichtliches Aufgebot der Nachlassgläubiger	379
VII. Privataufgebot	380
VIII. Verfügungen über den Erbteil	380
1. Verkauf eines Erbteils an einen fremden Dritten	380
2. Verkauf aller übrigen Erbteile an einen einzelnen Miterben (Kauf innerhalb der Erbengemeinschaft)	388
3. Nießbrauch an einem Erbteil	395
4. Pfandrecht an einem Erbteil	399
IX. Erbaueinandersetzung	404
1. Erbauslegungs- und Vergleichsvertrag	404
2. Erbaueinandersetzungsvertrag (Vollauseinandersetzung)	408
Literaturverzeichnis	415
Stichwortverzeichnis	421

